

## AKTUELL

## AGRARPOLITIK

# Zwischen Protektionismus und Gigantismus

Joël Adami

**In vielen Ländern Europas gehen Landwirt\*innen auf die Straße, obwohl die EU-Kommission ihnen Zugeständnisse gemacht hat. Auch in Luxemburg gab es trotz einer zuvorkommenden Regierung eine Protestaktion.**

Am vergangenen Mittwoch blockierten Mitglieder der „Lëtzeburger Landjugend a Jongbaueren“ gemeinsam mit ihren Berufskolleg\*innen aus Deutschland und Frankreich die Moselbrücke in Schengen. 200 Traktoren sollen laut RTL an der Aktion beteiligt gewesen sein. Die Landjugend wollte damit ihren Unmut über die europäische Agrarpolitik ausdrücken. Im Vorfeld hatte sie ein Statement des „Europäischen Rats der Junglandwirte“ unterzeichnet. Darin wurden die Proteste der Landwirt\*innen als „legitimer Ausdruck einer Langzeitfrustration“ bezeichnet. Niedrige Preise, wachsender administrativer Aufwand sowie unfaire Handelspraktiken verursachten eine Krise in der Landwirtschaft.

Auch Déi Lénk sorgen sich um das Wohl der Landwirt\*innen und deren Existenzängste. „Die Gründe dafür sind aber nicht in der Umweltpolitik zu suchen, sondern im Konkurrenzdruck zwischen Ländern, Regionen und Betrieben sowie einem deregulierten Markt, der auf Gigantismus setzt und kleine und mittlere Bauernbetriebe ruiniert“, so die Partei in einer Pressemitteilung. Sie kritisiert die Entscheidung der EU-Kommission – und die ihr zustimmende Haltung der luxemburgischen Regierung – zu brachliegenden Flächen.

Die Regelung, dass vier Prozent der landwirtschaftlichen Flächen aus ökologischen Gründen brachliegen sollen, war im Zuge des Ukraine-Kriegs ausgesetzt worden, dies soll nun ein weiteres Jahr gelten. Laut Déi Lénk sei dieser Produktivismus jedoch wirtschaftlich unsinnig, da es durch höhere Importe aus der Ukraine zu einem Preisverfall gekommen sei. Die Oppositionspartei fordert eine Wiedereinführung von Produktionsquoten und höhere Subventionen für Produktionsweisen, die Biodiversität und Klima schützen.

Die Forderung nach Quoten dürften dem „Fräie Lëtzeburger Baureverband“ (FLB) und der „Bauern-Allianz“ nicht schmecken. In einer

gemeinsamen Mitteilung sprachen sich beide Verbände zwar auch gegen „Dumping-Importe aus Drittländern“ aus, monierten jedoch ebenfalls zunehmende Bürokratie und „Einschränkungen der Produktion“. Möglicherweise sind mit Letzterem nicht die Brachflächen, sondern der Einsatz von Pestiziden gemeint. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte am Dienstag an, die geplante Regelung, die eine Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2030 vorsah, zurückzunehmen.

## Regierung auf Kuhkuschelkurs

Die Luxemburger Regierung gibt sich der Landwirtschaft gegenüber äußerst zuvorkommend. Landwirtschaftsministerin Martine Hansen (CSV) traf sich mit verschiedensten Organisationen des Sektors – zum Beispiel mit den Schweinezüchter\*innen, deren ökonomische Situation besonders schwierig ist – und versprach, ihre Vorschläge in eine Überarbeitung des Agrargesetzes aufzunehmen. Im Regierungsprogramm von CSV und DP ist eine Überprüfung des Gesetzes in zwei Jahren vorgesehen. Doch womöglich kommt die – oder andere, spezielle Maßnahmen – früher. Am Donnerstag trafen Premier Luc Frieden, Umweltminister Serge Wilmes und Landwirtschaftsministerin Hansen (alle drei CSV) kurzfristig Vertreter\*innen des Agrarsektors. Durch diese Gespräche seien Protestaktionen in Luxemburg „absurd“, so das Schreiben der FLB und Bauern-Allianz.

Die Perspektive der Biolandwirtschaft fehle aktuell im öffentlichen Diskurs, so die „Vereenigung Biolandwirtschaft Lëtzebuerg“ in einer Pressemitteilung am vergangenen Montag. „Großunternehmen aus Landwirtschaft, Lebensmittelwirtschaft und Handel“ dominierten Politik und Gesellschaft, ohne auf ethische Grundsätze zu achten, heißt es darin. Das, gemeinsam mit steigenden Ansprüchen, erzeuge Druck. Es sei legitim, dass Landwirt\*innen „aufstehen und sich gegen diesen Druck wehren“, allerdings dürfe die Forderung nicht lauten, den Schutz der natürlichen Ressourcen zurückzuschrauben. Die Biolandwirtschaft biete Chancen, die Lebensmittelversorgung „zukünftig umweltverträglich und resilient zu gestalten“.

## SHORT NEWS

## Lait, fromage et évasion fiscale au Luxembourg

(fg) – « Prévues de longue date, ces perquisitions sont sans lien avec le contexte social actuel », fait valoir une source judiciaire française, alors que des magistrats du parquet national financier perquisitionnaient, mardi, les bureaux de Lactalis, à Laval et à Paris, ainsi que l'hôtel particulier du patron du groupe, Emmanuel Besnier, également situé dans la capitale. Le géant français de l'agroalimentaire est depuis 2018 visé par une enquête pour blanchiment de fraude fiscale aggravée, « portant sur des suspicions de minoration de son bénéfice imposable ». Pour diminuer ses impôts, la multinationale est suspectée d'avoir transféré artificiellement ses bénéfices vers des filiales financières en Belgique et au Luxembourg. « Nethuns, l'une des sociétés luxembourgeoises au cœur du système, a été contrôlée par le fisc français en 2019, avant d'être placée en liquidation en 2022 », indique « Le Monde » dans son édition de mardi. Le manque à gagner pour l'État français est évalué à plusieurs centaines de millions d'euros. Ce hasard du calendrier judiciaire tombe en tout cas mal pour Lactalis, déjà sous le feu intense des critiques des agriculteurs, qui dénoncent le prix d'achat de leur production, fixé par Lactalis sans tenir compte du cadre imposé par la loi. Outre ses sociétés offshore, le groupe est présent au Luxembourg avec une unité opérationnelle à Eschweiler. Lactalis, qui emploie 85.000 personnes dans 51 pays, occupe la première place mondiale sur le marché des produits laitiers et du fromage, avec des marques comme Président, Lactel ou Bridel.

## Zu viele Kinder im Heim

(tj) – Bei der Fremdplatzierung von Kindern werden in Luxemburg nach wie vor Heime gegenüber Pflegefamilien bevorzugt. Dieser Befund geht aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht des Kinderhilfswerks Unicef hervor. Luxemburg, so heißt es weiter, gehöre damit zu den sechs einzigen europäischen Ländern, die einen solchen Ansatz verfolgen. Damit handelt das Großherzogtum der Empfehlung des Comité des droits de l'enfant zuwider, „d'éliminer progressivement les placements en institution et de favoriser la prise en charge des enfants en milieu familial chaque fois que cela est possible, et de développer le système de placement en famille d'accueil pour les enfants qui ne peuvent pas être maintenus dans leur famille, afin de réduire le nombre d'enfants placés en institution“. Die Unicef fordert Luxemburg auf, das Gesetz „portant aide, soutien et protection aux mineurs, aux jeunes et aux familles“ so schnell wie möglich zu verabschieden. Dieses sieht vor, dass Kinder falls möglich in ihrer Herkunftsfamilie bleiben können. Nicht nur bezüglich Luxemburg schlägt die Unicef Alarm: In Europa und Zentralasien befinden sich zurzeit fast eine halbe Million Kinder in Heimen. Das sind 0,23 Prozent aller Kinder, doppelt so viele wie im Rest der Welt. Die hohe Zahl an platzierten Kindern in Europa wird im Bericht mit der steigenden Anzahl unbegleiteter Minderjähriger, die aus ihrem Heimatland flüchten mussten, erklärt.

## Stëmm vun der Strooss: Steigende Armut ist alarmierend

(mes) – Von den Sozialrestaurants bis hin zu den Ateliers zur beruflichen Wiedereingliederung: In allen Bereichen der Obdachlosenhilfe „Stëmm vun der Strooss“ steigt die Nachfrage. Bei der Vorstellung der Jahresbilanz 2023 am Montag, dem 5. Februar, legte die Organisation Zahlen auf den Tisch: Letztes Jahr nutzten 365 Personen das Angebot zur beruflichen Wiedereingliederung; 27 Menschen fanden durch die Initiative „ImmoStëmm“, dem Hilfsangebot der „Stëmm“ zur Wohnungssuche, eine neue Unterkunft; Ärzt\*innen führten auf freiwilliger Basis 210 kostenlose Beratungen durch und im Schnitt wurden täglich 720 warme Mahlzeiten an Bedürftige verteilt – im Vorjahr waren es noch durchschnittlich 449 am Tag. Der Direktor für Verwaltung und Finanzen, Arnaud Watelet, zeigte sich bei der Pressekonferenz aber vor allem über die steigende Anzahl der Minderjährigen besorgt, die auf das Angebot der „Stëmm“ zugreifen: Zwischen 2014 (0,5 Prozent) und 2023 (3,8 Prozent) hat sich ihre Präsenz verdreifacht. Von den insgesamt 11.173 Menschen, die letztes Jahr die Dienste der „Stëmm“ beanspruchten, waren somit 389 Minderjährige. Zum Vergleich: 2022 waren es noch 170, vor zehn Jahren waren es knapp 15. Die Ursachen hierfür seien nicht nur die anhaltende Inflation oder die aktuellen Kriege, so die Verantwortlichen der „Stëmm“. Vielmehr würden Minderjährige darunter leiden, dass immer mehr Berufstätige in Luxemburg in Armut leben. Denn „berufstätige Menschen, die schon Mitte des Monats mit ihrem Gehalt nicht mehr über die Runden kommen“, sehe die Organisation in den letzten Jahren immer öfter. Dass die Anzahl der Erwerbsarmen in Luxemburg eine der höchsten in Europa ist, sei „eine alarmierende Tatsache“, so die NGO weiter. Obwohl sich die Organisation mit ihrer jährlichen Betreuung zufrieden zeigt, bedauern die Verantwortlichen der „Stëmm“ dennoch, dass der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung weiterhin eine „stetige Herausforderung“ sei.